

3 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD)

Schwerpunkt der Direktion

Zitat
Wer rastet, der rostet!

Die Kundinnen und Kunden der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD), seien dies Menschen, die ein Mieterproblem haben, seien dies Menschen, die arbeitslos sind und sich den Gesetzmässigkeiten der Arbeitslosengesetzgebung unterziehen müssen, seien dies Menschen, die eine körperliche oder psychische Krankheit durchstehen müssen, seien dies Menschen, die ein Unternehmen leiten und sich Gedanken machen über die Zukunft ihrer Firma, seien dies Menschen, die einen Landwirtschaftsbetrieb führen und sich mit den Auswirkungen der Agrarpolitik (AP) 2007 auseinandersetzen müssen, seien dies Menschen, die sich mit ihrem Grundbesitz an einem Meliorationsprojekt beteiligen, seien dies Menschen aus dem EU-Raum, die sich hier niederlassen wollen oder die hier als Grenzgängerin oder Grenzgänger arbeiten wollen, seien dies Behördenmitglieder aller Stufen, alle erwarten von der VSD, dass sie sich ihren Anliegen prompt und möglichst unbürokratisch, in der Sache richtig und umfassend, im Umgang freundlich und korrekt annimmt. Diese Erwartung zu erfüllen, wird auch im Jahre 2004 die Zielsetzung der VSD sein.

Diese Kunden orientierte Verwaltungstätigkeit, also die so genannte Routinearbeit, die aber in der Sache eben keine Routine ist, weil jeder Geschäftsfall eine spezifische Situation beinhaltet, ist nicht Gegenstand des vorliegenden Jahresprogramms. Das Programm zeigt Massnahmen auf, die *zusätzlich* zu den eigentlichen Dienstleistungs-Kernbereichen in die Wege zu leiten und umzusetzen sind.

Die Vorbereitungen auf die zweite Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) wird die Gesundheitsseite der VSD sehr stark in Anspruch nehmen. Die Umstellung der Spitalfinanzierung muss im Jahre 2004, ausgehend von der gemeinsamen Spitalplanung Basel-Stadt / Basel-Landschaft und von den im Jahre 2003 erledigten "Hausaufgaben Basel-Landschaft" vorbereitet, vertraglich geregelt und in die Spitalliste eingearbeitet werden. Obwohl noch offen ist, ob die Teilrevision per 1. Januar 2005 in Kraft tritt oder erst zu einem späteren Zeitpunkt, müssen die erforderlichen Vorbereitungen getroffen werden. Es sind Verhandlungen mit den Versicherern, mit den Nachbarkantonen, allen voran mit Basel-Stadt, sowie mit den öffentlichen und privaten Leistungserbringern zu führen. Parallel dazu muss das Steuerungssystem der eigenen Spitäler auf die Veränderungen der Rahmenbedingungen ausgerichtet und angepasst werden.

Auf der volkswirtschaftlichen Seite der VSD stehen die Ausrichtung der Landwirtschaft auf die Agrarpolitik (AP) 2007 und die gemeinsame Zukunft der Rheinhäfen beider Basel im Vordergrund.

So gesehen, wird die VSD im Jahre 2004 bestimmt nicht rasten und keinen Rost ansetzen!

Programmpunkte, Strategische Zielsetzungen und Massnahmen

Nr. 3.01	Programmpunkt Wald Strategische Zielsetzungen Die Wald- und Holzwirtschaft befindet sich im Umbruch. Der Rohstoff Holz und Holzprodukte werden immer mehr international gehandelt. Ein im Rahmen des Förderprogramms Holz 21 angestellter Vergleich zeigt, dass die Effizienz der Holzernteverfahren in der Schweiz mit jener in anderen europäischen Ländern nicht mehr Schritt halten kann. Die schweizerische Waldwirtschaft befindet sich in einer seit mehreren Jahren andauernden Ertragskrise. Es gilt Überlegungen anzustellen, wie die Situation nachhaltig verbessert werden kann.	Amtsbericht 2004 Die strategische Zielsetzung ist eine langjährige. Mit dem erfolgreichen Start einer Holzvermarktungszentrale Nordwestschweiz konnte ein wichtiger erster Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Holzwirtschaft erreicht werden. Die Zertifizierung der Forstbetriebe konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Die Zertifizierung ist heute Voraussetzung für den Marktzugang. Die Projektierung eines Holzkraftwerkes wurde weiter vorangetrieben.
----------	--	--

Nr. 3.01.01	Waldprogramm Basel-Landschaft und Waldpflege Waldprogramm Basel-Landschaft: Einsetzen einer Expertenkommission (Forum) für die Begleitung eines breit abgestützten Mitwirkungsprozesses für die Definition einer kantonalen Wald- und Holzpolitik. Beginn der Arbeiten im Frühjahr 2004, Abgabe eines Expertenberichtes zuhanden der Regierung bis Sommer 2005. Waldpflege: Volkswirtschaftliche Optimierung einer nachhaltigen und naturnahen Waldpflege und Nutzung von einheimischem Holz durch die Erhaltung und Stärkung leistungsfähiger Forstbetriebe zur Sicherstellung der öffentlichen Funktionen des Waldes (Schutz und Wohlfahrt). Optimierung der forstlichen Förderungsmaßnahmen durch die Bündelung der Beiträge auf der Basis von Leistungsvereinbarungen. Prüfung von Förderungsmaßnahmen und Ausarbeitung von Zielvereinbarungen und Leistungsaufträgen (Jungwaldpflege, Schutzwaldbewirtschaftung) mit den öffentlichen (und privaten) Waldeigentümern mit dem Ziel, letzteren mehr Flexibilität bei der Gestaltung der Jahresprogramme und im Massnahmenvollzug zu gewähren.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Waldprogramm: Die Vorbereitungsarbeiten für das Waldprogramm sind abgeschlossen, das Konzept für das Vorgehen steht, und die Liste der einzuladenden Personen bzw. Organisationen ist erstellt. Mit der praktischen Umsetzung musste im Jahre 2004 noch zugewartet werden, weil bis zum heutigen Zeitpunkt noch unklar ist, welchen Umfang die Revision des Eidg. Waldgesetzes erhalten wird. War ursprünglich von einer tief greifenden Revision die Rede, so scheint sich der Bund nun auf das Notwendigste für die Anpassung an die NFA und die Umsetzung des Waldprogramms zu beschränken. Ist dies der Fall, erübrigt sich die auf Kantonsstufe vorgesehene tief greifende Anpassung ebenfalls. Waldpflege: Im Laufe des Jahres entstanden mit Begleitung und Unterstützung des Forstamtes zum Teil kantonsübergreifende Forstbetriebsgemeinschaften (FBG am Blauen; Thierstein West), und drei Zweckverbände, die bisherige Revierpartnerschaften ablösen, stehen unmittelbar vor Abschluss der Vertragsverhandlungen. Das Forstamt hat bei der Entwicklung der Rahmenbedingungen für zukünftige Leistungsvereinbarungen auf Stufe Bund intensiv mitgewirkt. Sobald diese durch den Bund in Kraft gesetzt sind (WaG-Revision), können die Arbeiten für deren Umsetzung auf Stufe Kanton und mit den Waldeigentümern an die Hand genommen werden.
Nr. 3.01.02	Gefahrenhinweiskarte Erarbeitung der zweiten Etappe der Gefahrenhinweiskarte als Basis für die Prioritätensetzung und die Kostenermittlung bei der Erarbeitung der Gefahrenkarten (Schutz vor Naturgefahren) für das Kantonsgebiet.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Arbeiten sind programmgemäss vorangeschritten und konnten im Jahre 2004 abgeschlossen werden.

Nr. 3.01.03	Weiterführung des Wiederherstellungsprojektes "Lothar" Anpassung des Wiederherstellungsprojektes an die Vorgaben des Entlastungsprogramms (Verlängerung) und Genehmigung durch den Bund. Fortsetzung der Massnahmen (Instandstellung, Forstschutz) im Wald. Landratsvorlage 2001 / 128, Verpflichtungskredit 2001 – 2006 LRB 1282 / 01 Total: Fr. 5'126'200.- Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 3'253'940.- Budget 2003: Fr. 386'400.- Budget 2004: Fr. 198'380.- Total: Fr. 1'106'000.- Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 415'740.- Budget 2003: Fr. 91'140.- Budget 2004: Fr. 88'680.-	Finanzielle Auswirkungen 2004 0.088 Mio.	In Verbindung mit dem extrem trockenen Sommer 2003 und im Hinblick auf die Auswirkungen der Trockenheit im Jahre 2004 musste die Zielsetzung für das Wiederherstellungsprojekt Lothar überarbeitet werden. Das bestehende Projekt soll um ein weiteres Jahr verlängert und auf die Wiederherstellungsflächen aus der Trockenheit ergänzt werden.
Nr. 3.01.04	Waldschadenuntersuchung Abrechnung des Verpflichtungskredites für das Untersuchungsprogramm 2000 - 2003, Erarbeitung einer Landratsvorlage zwecks Fortsetzung des Programms auf reduziertem Niveau (Verpflichtungskredit 2004 - 2007, voraussichtliche Höhe: Fr. 550'000.-). Landratsvorlage 2000 / 029 / Verpflichtungskredit 2000 - 2003 LRB 556 / 2000 Total: Fr. 671'200.- (Konto 2225.318.93), Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 508'932.90 Budget 2003: Fr. 172'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004 0.131 Mio.	Weil verschiedene Parameter in der Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund als Partner in diesem Untersuchungsprogramm neu definiert und ausgehandelt werden mussten, hat die Landratsvorlage eine Verzögerung erfahren. Sie wird dem Parlament im Jahre 2005 zusammen mit einer umfangreichen Berichterstattung vorgelegt werden können.

Nr. 3.02	Programmpunkt Arbeit Strategische Zielsetzungen Per 1. Juni 2004 wird die zweite Phase des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU wirksam. Auf den gleichen Zeitpunkt tritt das Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kraft, welches die Einrichtung von Tripartiten Kommissionen (TPK) vorsieht. Das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) Baselland wird sämtliche dafür notwendigen Grundlagen rechtzeitig bereitstellen und für eine effiziente und sachgerechte Umsetzung der neuen Bundesbestimmungen besorgt sein. Im Weiteren ist auch im Jahre 2004 mit einer hohen Arbeitslosenzahl zu rechnen. Das KIGA Baselland wird die damit anfallenden Mehrarbeiten weiterhin Kunden orientiert und mit hoher Dienstleistungsqualität erbringen. Dazu sind die vorhandenen Kapazitäten (Räume, Infrastruktur, personelle Bestände) sorgfältig im Auge zu behalten und gegebenenfalls anzupassen.		Amtsbericht 2004 Die strategischen Zielsetzungen des Jahres 2004 konnten weitestgehend erreicht werden. Insbesondere standen die notwendigen Grundlagen für die Umsetzung der zweiten Phase des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU rechtzeitig bereit und konnte vom 1. Juni 2004 an ein wirkungsvoller Vollzug realisiert werden. Recht schwierig gestaltete sich die Aufgabe, die Dienstleistungskapazitäten im Bereiche des Vollzugs der Arbeitslosenversicherung bedarfsgerecht bereitzustellen. Der Arbeitsmarkt blieb während des ganzen Jahres schwierig voraussehbar. Die meisten Prognosen mussten im Nachhinein revidiert werden.
Nr. 3.02.01	Einsetzung und Aufbau der Tripartiten Kommission (TPK) Im Rahmen der Realisierung der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr haben sämtliche Kantone per 1. Juni 2004 eine Tripartite Kommission (TPK) zu schaffen, welche die Beobachtung des Arbeitsmarktes zur Aufgabe hat und im Falle wiederholt missbräuchlicher Lohngestaltung Massnahmen in die Wege leiten kann. Nachdem die rechtlichen Grundlagen bereits im Vorjahr erarbeitet worden sind, geht es im Programmjahr darum, die TPK zu konstituieren. Umsetzung des Entsendegesetzes Die zweite Stufe im freien Personenverkehr zwischen der EU und der Schweiz führt per 1. Juni 2004 zu verschiedenen Änderungen im Vollzug des Ausländerrechtes. Im arbeitsmarktlichen Bereich sind namentlich hervorzuheben: Der Wegfall des bisherigen Inländervorrangs, die Aufhebung der Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen und das neue Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das in Kraft treten wird. Diese Modifikationen bedingen zahlreiche Anpassungen in der praktischen Vollzugsarbeit des KIGA Baselland, insbesondere auch in der Auskunftspraxis gegenüber der Kundschaft. Im Rahmen der erwähnten Änderungen ist auch der erfolgreich realisierte E-Public-Auftritt zu überprüfen und allenfalls anzupassen.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Zielsetzung erreicht: Die Tripartite Kommission (TPK) zur Beobachtung des Arbeitsmarktes wurde am 27. April 2004 gewählt, die hierfür notwendige Verordnung ist seit dem 1. Februar 2004 in Kraft. Die TPK hat sich am 11. Juni 2004 konstituiert und mittlerweile dreimal getagt. Dabei hat sie sich ein Reglement gegeben, über die Organisation der Kontrollen bzw. Arbeitsmarktbeobachtung gegenüber in- und ausländischen Firmen entschieden, sich von den beauftragten Kontrollorganen des KIGA Baselland und der Zentralen Paritätischen Kontrollstelle des Ausbaugewerbes (ZPK) berichten lassen und sich selbst schwerpunktmässig der Beobachtung der ausländischen Dienstleistungserbringerfirmen im Gartenbau gewidmet. In enger Zusammenarbeit zwischen dem KIGA Baselland und den Sozialpartnerorganisationen, insbesondere der ZPK, konnte eine Umsetzung des Entsendegesetzes realisiert werden, die anerkanntermassen als griffig beurteilt und vom Seco als gut qualifiziert wird. Das Baselbieter Vollzugsmodell wird sogar anderen Kantonen als beispielhaft zur Nachahmung empfohlen (zusammen mit den Modellen von GE, TI und ZH, die ebenfalls die Qualifikation eines guten Vollzugs erhielten).

Nr. 3.03	Programmpunkt Landwirtschaft Strategische Zielsetzungen Anpassung der land- und hauswirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung. Vorbereitung der Umsetzung der neuen Agrarpolitik des Bundes (AP 2007) und Unterstützung der Landwirtschaft bei der Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen, sei es bei der inneren und äusseren Aufstockung, beim Umstieg auf den Nebenerwerb, bei der Spezialisierung oder bei der Betriebsaufgabe.	Amtsbericht 2004 Die Anpassungen der Landwirtschaft an die neuen Bedingungen machen sich vor allem im Hochbau und im landwirtschaftlichen Kreditwesen, im Boden- und Pachtrecht sowie in den vielen Rückfragen zu den Direktzahlungen bemerkbar. Der Fleckviehzuchtverband beschloss, die Beurteilung der Zuchttiere selber durchzuführen, so dass der Kanton keine Genossenschaftsschauen mehr durchführen wird. Das Weiterbildungsangebot wurde den Bedürfnissen angepasst und mit dem Kanton Solothurn koordiniert.
Nr. 3.03.01	Anpassung der land- und hauswirtschaftlichen Ausbildung Anpassung der land- und hauswirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung. Der Schweizerische Bauernverband wird als anerkannte Berufsorganisation die landwirtschaftliche Ausbildung neu definieren. Es gilt, die Ausbildung im Kanton entsprechend anzupassen, die Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen zu verstärken und die Kompetenzen zwischen der VSD und der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) neu festzulegen. Die hauswirtschaftliche und bäuerlich-hauswirtschaftliche Ausbildung befindet sich in einem ähnlichen Umbruch. Dieselben Punkte sind zu überarbeiten. Umschulungsbeihilfen Der Bund sieht im Rahmen der Agrarpolitik 2007 vor, Personen, die selbstständig in der Landwirtschaft tätig sind, Beihilfen zur Umschulung in einen ausserlandwirtschaftlichen Beruf zu gewähren. Der Kanton wird die Massnahme vollziehen müssen.	Finanzielle Auswirkungen 2004 Die Vorbereitungen des Schweizerischen Bauernverbandes schreiten langsamer voran als erwartet. Er arbeitet nach wie vor auf der Stufe der Entwürfe. Voraussichtlich wird die landwirtschaftliche Berufsausbildung auch in Zukunft 3 Jahre umfassen. Das Schwergewicht des Unterrichtes wird im 3. Jahr anfallen. Anpassungen im Kanton waren bisher nicht nötig. Die hauswirtschaftliche und bäuerlich-hauswirtschaftliche Ausbildung beschränkt sich im Kanton auf wenige angebotene Module. Die Ausbildung ist von den modernen Bäuerinnen, die bereits über eine berufliche Ausbildung verfügen, nicht mehr im gleichen Ausmass wie vor Jahren gefragt. Hingegen sind Fortbildungskurse sehr beliebt. Umschulungsbeihilfen Es wurde kein einziges Gesuch um Umschulungsbeihilfe eingereicht. In der Regel orientieren sich die Junglandwirte vor der Betriebsübernahme anders, sodass sie nicht in den Genuss von Umschulungsbeihilfen kommen können. Oder Landwirte mit Betrieben geben diese nicht vollständig auf, sondern gehen einem Nebenerwerb nach, auch dieser langsame Ausstieg berechtigt nicht zu Umschulungsbeihilfen.

Nr. 3.03.02	Umbau der Förderung des biologischen Landbaus Die Umstellungsbeiträge des Kantons haben offenbar nicht die gewünschte Wirkung. Denn die Zahl der Betriebe, die auf den biologischen Anbau umstellen, hat stark abgenommen. Anstelle der Umstellungsbeiträge sollen neue Massnahmen zur Förderung des biologischen Landbaus zum Einsatz kommen. Es sind auch Massnahmen zur Förderung der übrigen umweltfreundlichen Landwirtschaft zu prüfen.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der Regierungsrat hat die Verordnung über den Umweltschutz geändert und die Umstellungsbeiträge von pauschalen Zahlungen auf die Unterstützung konkreter Massnahmen der Betriebe umgestellt.
Nr. 3.04	Programmpunkt Rheinhäfen Basel-Landschaft Strategische Zielsetzungen Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Güterverkehr zu Wasser. Strategische Zielsetzung dabei ist die Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel zu einem selbständigen Unternehmen öffentlichen Rechtes.		Amtsbericht 2004 Die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die Zusammenlegung der Rheinhäfen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft erlitten aufgrund der Umstände rund um die Rheinschiffahrtsgesellschaft Basel-Stadt eine Verzögerung. Die Vorlage an die Parlamente wurde im November 2004 in die externe Vernehmlassung gegeben.

Nr. 3.04.01	Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel Im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäftes Basel-Stadt / Basel-Landschaft wird die Zusammenlegung und Ausgliederung der Rheinhäfen beider Basel und die Überführung in ein Unternehmen öffentlichen Rechtes vorgenommen. Dazu werden in beiden Kantonen Parlamentsvorlagen mit den entsprechenden Grundlagen erarbeitet. Die Behandlung in den Parlamenten ist per 2004 geplant, das neue Unternehmen könnte frühestens per 1. Januar 2005 seine Tätigkeit aufnehmen. Förderung des Güterumschlages Wasser / Land: Hafeninfrastruktur Der Güterumschlag Wasser / Land wird mit der entsprechenden Erneuerung und dem Ausbau der Hafeninfrastruktur gezielt gefördert. Im Einzelnen handelt es sich dabei für das Jahr 2004 um einen Teil der Strassenerneuerung im Auhafen MuttENZ, den Bau einer Bootsgarage und die Projektierung des Ausbaus der Hafenbahn.	Finanzielle Auswirkungen 2004 0.93 Mio. zulasten Investitionsprogramm VSD	Der Entwurf eines Staatsvertrages als Basis für eine Parlamentsvorlage im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäftes mit dem Kanton Basel-Stadt konnte im Jahr 2004 fertig gestellt und in die externe Vernehmlassung geschickt werden. Nach Verarbeitung der Stellungnahmen wird das Geschäft im ersten Semester 2005 dem Parlament unterbreitet werden. Die Projektierung und Realisierung von Erneuerungen und des Ausbaus der Hafeninfrastruktur konnten planmässig weitergeführt werden. So wurde ein wichtiger Teil des Strassennetzes im Auhafen MuttENZ erneuert, der Feinbelag kann allerdings erst 2005 eingebracht werden. Die Planung des Baus einer Bootsgarage wurde abgeschlossen und ein entsprechendes Kreditbegehren wird anfangs 2005 eingereicht werden. Die Optimierung und der Ausbau der Infrastruktur für die Hafenbahn wurde in drei Modulen weitergeführt. Ein erstes Modul mit vorwiegend organisatorischen Massnahmen wurde umgesetzt und ein zweites Modul mit Massnahmen zur Überbrückung der Zeit bis zur Realisierung des im Modul drei vorgesehenen grösseren Ausbauprojektes wurde planerisch abgeschlossen und wird 2005 realisiert. Das Vorprojekt für Modul drei in Form eines grösseren Ausbauprojektes wurde abgeschlossen und wird im ersten Semester 2005 als Projektierungskreditvorlage dem Parlament unterbreitet werden.
Nr. 3.05	Programmpunkt Geographisches Informationssystem (GIS) / Amtliche Vermessung (AV93) Strategische Zielsetzungen Der Aufbau des geographischen Informationssystems (GIS) in der kantonalen Verwaltung und in den Gemeinden hat die Zielsetzung, die Verfahrensabläufe in den behördlichen Stellen zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie eine optimale Wertschöpfung aus den vorhandenen Geoinformationen durch Kanton, Gemeinden und Private zu erzeugen. Bei der amtlichen Vermessung geht es um die Fortsetzung der 2001 vom Landrat beschlossenen und 2002 begonnenen Realisierung der zweiten Etappe AV93 in der Zeitspanne von 2002 - 2008. Die dritte Etappe soll anschliessend das Projekt bis 2015 abschliessen, die vorgängig regulierungsbedürftigen Laufentaler Gemeinden vorbehalten.		Amtsbericht 2004 Die Berichterstattung zu den einzelnen Programmpunkten zeigt, dass die Arbeiten insgesamt planmässig voranschreiten.

Nr. 3.05.01	Weitere Umsetzung des Landratsbeschlusses Geographisches Informationssystem (GIS) Basel-Landschaft Realisierung der Gebäude-Datenbank; Bereitstellung des Auskunftssystems über die Geoinformationen (Meta-Informationssystem); Integration weiterer Datenebenen in das Geo Data Warehouse: Naturschutz-Inventare, Wasser / Abwasser, Bodenkarten, Geländemodelle; Bereitstellung von Zugriffsmechanismen auf das Geo Data Warehouse mittels GIS-Desktop Systemen, Intranet und Internet; Visualisierungen und Analysen mit dem Parzellen-Informationssystem PARZIS; Realisierung von GIS-Projekten in den Dienststellen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensabläufen sowie zur Schaffung von verbesserten Grundlagen für politische Entscheide im Sektor "Grund und Boden". Landratsvorlage 2000 / 091, Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1013 Total: Fr. 2.8 Mio. Fr. (Kontengruppe 3) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 429'526.- Budget 2003: Fr. 458'000.- Budget 2004: Fr. 329'000.- Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) Das vorgesehene Jahresprogramm 2004 steht im Einklang mit der Quote gemäss Landratsvorlage und sieht die Bearbeitung von rund acht Gemeinden vor. Landratsvorlage 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 - 2008 LRB 1281 Total 13.1 Mio. Fr., Konto 2230.319.90-3 Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 678'242.- brutto Fr. 217'004.- netto Budget 2003: 2230.319.90-3 Fr. 1'645'580.- / 2230.460.00-3 Fr. 128'000.- Budget 2004: 2230.319.90-3 Fr. 1'324'150.- / 2230.462.10-2 Fr. 762'200.- / 2230. 460.00-3 Fr. 128'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2004 GIS: 0.329 Mio. AV 93: 1.324 Mio. brutto und 0.434 Mio. netto	Im Geo Data Warehouse (GDWH) wurden zu den bestehenden weitere 10 Datenebenen zur Verfügung gestellt wie zum Beispiel die Bodenkarte, die archäologischen Grabungen und Fundstellen, die kantonal geschützten Naturobjekte und der Geologische Atlas. Seit Oktober 2004 betreibt das Statistische Amt das Gebäude- und Wohnungsregister in der Gebäude-datenbank, welche vom Vermessungs- und Meliorationsamt (VMA) betrieben wird. An private Institutionen wurden Geodaten gegen Gebühren abgegeben. Die an das GDWH angeschlossene Intranet-Applikation PARZIS erhielt neue Darstellungs-, Such- und Analysemöglichkeiten. PARZIS wurde täglich von 150 bis 200 Mitarbeitenden genutzt. Das Amt für Raumplanung realisierte unter Verwendung der vorhandenen GIS-Infrastruktur eine eigene Applikation zur Erfassung der Baugesuche. In Arbeit waren das Internet Geoportal mit der Möglichkeit, PARZIS über Internet zu nutzen, das Auskunftssystem über die Geoinformationen (Meta-Informationssystem) und die Datenabgabe über Internet. Der Schlussbericht mit Abrechnung zur Realisierung der 1. Etappe AV 93 ist vom Landrat genehmigt worden. Das vorgesehene Programm 2004 zur 2. Etappe konnte nicht vollständig in Angriff genommen werden, weil zur Vergabe von drei Gemeinden Beschwerde erhoben worden ist, die zur Zeit noch nicht erledigt sind. Im Übrigen verlaufen die Arbeiten programmgemäss.
------------------------	---	--	---

Nr. 3.06	Programmpunkt Bodenverbesserung Strategische Zielsetzungen Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft / Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen.		Amtsbericht 2004 Die Arbeiten entwickeln sich im Einklang mit den strategischen Zielsetzungen. Der Budgetrahmen 2004 musste aufgrund eingegangener Verpflichtungen überschritten werden. Die Problematik der Mehrjährigkeit von Projekten im Zusammenhang mit Verbesserungen der Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft wurde mit der Finanz- und Kirchendirektion besprochen, und neu werden dem Landrat Rahmenkredite beantragt werden.
Nr. 3.06.01	Bessere Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft / Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen Abschluss der laufenden Felderregulierungen in Rickenbach und Biel-Benken; Neuzuteilung in der laufenden Felderregulierung in Roggenburg; Abschluss der Wiederherstellungsprojekte in Nussdorf und Zuzgen; Abstimmung über die Durchführung einer Gesamtmelioration in Wahlen; Landwirtschaftliche Vorstudien in Blauen und Brislach; Einleitung der Wiederherstellungsprojekte in Thürnen und Zeglingen; Vorbereitung der Wegerschliessungen Rothengrund, Riedbach (Lupsingen), Baaholden (Ramlinsburg), Schönlöcher (Bennwil), Erlhof (Hölstein), Ulmet (Lauwil), Wasserfallen (Reigoldswil), Rohrberg, Spitzenbühl und Albach (Liesberg).	Finanzielle Auswirkung 2004 Förderbeitrag von 0.35 Mio.	Der Abschluss in den Felderregulierungen Rickenbach und Biel-Benken verzögert sich durch den Geldausgleich. Die Arbeiten in Roggenburg laufen programmgemäss. Der Entscheid des Regierungsrates zu den Beschwerden zum Bezugsgebiet der Gesamtmelioration Wahlen steht noch aus. Die landwirtschaftlichen Vorstudien in den Gemeinden Blauen und Brislach liegen vor. Die verschiedenen gemeinschaftlichen Einzelprojekte wurden weiterbearbeitet oder abgeschlossen.
Nr. 3.07	Programmpunkt Gesetzgebung Strategische Zielsetzungen Bereitstellung von wirksamen, zeitgemässen Gesetzen, die sich konsequent an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren.		Amtsbericht 2004 Die strategische Zielsetzung ist allgemeiner Natur und gilt weiterhin.

Nr. 3.07.01	Gesetzesrevisionen • Mietrecht: Je nach Ausgang der Referendumsabstimmung zur eidgenössischen Mietrechtsrevision im Jahr 2004 wird möglicherweise eine Anpassung des kantonalen Gesetzes über die Behörden und das Verfahren bei Streitigkeiten aus Miete und Pacht von unbeweglichen Sachen erforderlich (SGS 223). • Wirtschaftsförderung: Einerseits muss, bedingt durch den Wegfall des Salzhandelsmonopols, die Finanzierung neu geregelt werden, andererseits ist die Ausrichtung des Wirtschaftsförderungsgesetzes vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung zu überprüfen. • Entwurf einer Gesetzesvorlage zur Einschränkung der Alkohol- und Tabakwerbung; Auftrag des Landrates, Motionen 2002/193 und 2002/194, überwiesen am 10. April 2003. • Überarbeitung des Gesundheitsgesetzes: Die Revision des Gesundheitsgesetzes war schon für die Legislatur 1999 - 2003 vorgesehen. Die Neuregelung des Heilmittelbereiches auf Bundesebene erfuhr jedoch Verzögerungen. Aus diesem Grund wurde mit der Revision zugewartet.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Mietrecht: Nachdem die Vorlage zur Änderung des Obligationenrechts im Bereich des Mietrechtes anlässlich der Volksabstimmung vom 8. Februar 2004 abgelehnt wurde, erübrigte sich eine Anpassung des kantonalen Gesetzes über Behörden und das Verfahren bei Streitigkeiten aus Miete und Pacht von unbeweglichen Sachen (SGS 223). Die Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes ist in Arbeit und wird dem Landrat im Jahre 2005 vorgelegt werden. Erlass eines Kantonalen Alkohol- und Tabakgesetzes: Die Vorlage (Nr. 2005 / 004) wurde am 11. Januar 2005 dem Landrat zur Beratung zugeleitet. Revision Gesundheitsgesetz: Die Revisionsarbeiten wurden soweit abgeschlossen, dass im ersten Halbjahr 2005 die externe Vernehmlassung durchgeführt werden kann.
Nr. 3.08	Programmpunkt Gesundheitsförderung Strategische Zielsetzungen Die Baselbieter Fachstelle für Gesundheitsförderung, die als Abteilung im Generalsekretariat der VSD eingegliedert ist, ist während 15 Jahren gewachsen. Produkt ist eine leistungsstarke und professionelle Organisation, die für den Kanton wichtige und geschätzte Dienstleistungen erbringt. Eine interne Evaluation zeigt allerdings auf, dass mit dem Wachstum eine Verwässerung in den strategischen Zielen und eine Vernetzung der knappen Ressourcen verknüpft mit einem gewachsenen Mengenangebot erfolgte. Dies und die mit dem eidgenössischen Krankenversicherungsgesetz (KVG) neu geschaffenen Angebote führen dazu, dass die Aufgaben der Baselbieter Gesundheitsförderung in der neuen Legislaturperiode überprüft werden müssen.		Amtsbericht 2004 Ziel noch nicht erreicht. Es wurden Vorarbeiten zur Neupositionierung der Gesundheitsförderung geleistet.

Nr. 3.08.01	Gesundheitsförderung und Suchtprävention Begriff, Ziele, Strategie, Konzept und Tätigkeiten der Gesundheitsförderung Basel-Landschaft werden neu definiert und mit sämtlichen Partnerorganisationen, Leistungsgebern und -nehmern vereinbart. Begriff, Ziele, Strategie, Konzept und Tätigkeiten der Suchtprävention werden ebenfalls neu definiert und mit sämtlichen Partnerorganisationen, Leistungsgebern und Leistungsnehmern vereinbart. Der Prozess der Suchtprävention findet parallel zu demjenigen der Gesundheitsförderung statt, um Synergien und Schnittstellen zu nutzen. Gesundheitsförderung im Frühbereich: Abschluss des Projektes Frühbereich II Im April 1999 hat der Landrat einen fünfjährigen Verpflichtungskredit bewilligt zugunsten der Gesundheitsförderung im Frühbereich Der Projektauftrag ist die Realisierung einer Koordinationsstruktur für die Angebote im Frühbereich, d.h. jener Angebote, die schwangere Frauen, werdende Väter, Säuglinge und Kleinkinder sowie deren Mütter und Väter mit Information, Beratung, Anleitung und Begleitung unterstützen. Das Projekt findet im Herbst 2004 seinen Abschluss. Landratsvorlage 98 / 256 vom 8.12.1998 / Verpflichtungskredit LRB 1911 / 99 1999 - 2003: Total Fr. 400'000.- (2202 365.50-400) Davon verbraucht bis 31.12. 2002: Fr. 273'000.- Budget 2003: Fr. 85'000.- Budget 2004: Fr. 42'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2004 0.042 Mio.	Gesundheitsförderung und Suchtprävention: Die Arbeiten konnten im Jahre 2004 nicht abgeschlossen werden. Der Programmpunkt ist deshalb im Jahresprogramm 2005 erneut aufgenommen worden. Gesundheitsförderung im Frühbereich: Das Projekt wurde im Herbst 2004 abgeschlossen. Es ist vorgesehen, die Erkenntnisse bei der Erarbeitung des strategischen Konzeptes der Gesundheitsförderung einzubeziehen.
------------------------	---	--	---

Nr. 3.09	Programmpunkt Gesundheitswesen: Umsetzung der zweiten Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) Strategische Zielsetzungen Vorbereitung der Umstellung der Spitalfinanzierung auf die neuen Bedingungen gemäss zweiter Teilrevision des KVG. Es ist absehbar, dass die Kantone einen Sockelbeitrag an alle KVG-Behandlungen sämtlicher Spitäler leisten müssen, die auf der Spitalliste des Wohnkantons aufgeführt sind. Dies unabhängig von der Versicherungsdeckung der Patientinnen und Patienten. Die bisherige Aufteilung in subventionierte und nicht subventionierte Spitäler entfällt. Sie wird ersetzt durch eine leistungsbezogene Finanzierung.		Amtsbericht 2004 Die zweite Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes ist im November 2003 in den eidgenössischen Räten gescheitert.
Nr. 3.09.01	Umsetzung der zweiten Teilrevision des KVG Ausgehend von den Resultaten des Projektes "Hausaufgaben Basel-Landschaft" sind im Jahre 2004 die Verhandlungen bezüglich Leistungseinkauf und Leistungsverkauf zu führen und die entsprechenden Verträge abzuschliessen. Das Produkt "Spitalliste" liegt im Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates. Die bestehenden Spitalabkommen müssen überarbeitet werden. Entsprechend ist auch der Landrat involviert.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Nachdem die zweite KVG-Teilrevision im November 2003 in den eidgenössischen Räten gescheitert war, erübrigte sich die Neuordnung des Leistungseinkaufs und die Überarbeitung der Spitallisten.
Nr. 3.10	Programmpunkt Kantonsspital Bruderholz Strategische Zielsetzungen Sanierungsmassnahmen zur Sicherstellung des laufenden Betriebes; massvolle Anpassung der sanitären Infrastruktur auf den Stationen zwecks Verbesserung der Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten; bereichsweise Anpassung der Stellenpläne an die Soll-Werte gemäss Stellenplanüberprüfung; e-health: Weiterausbau der Informatik zur Unterstützung der Spitalprozesse auf der Basis einer gemeinsamen Informatikstrategie und eines gemeinsamen Kommunikationskonzeptes der öffentlichen Spitäler Basel-Landschaft.		Amtsbericht 2004 Die IT-Strategie über alle 4 Spitäler wurde unter der Federführung der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion erstellt. Das Kantonsspital Laufen ist bereits am Kantonsnetz angeschlossen, der Anschluss der übrigen Spitäler ist in Arbeit.

Nr. 3.10.01	Sicherheit / Sanitäre Infrastruktur / Tagesklinik Sicherheitsrelevante Massnahmen gemäss LR-Vorlage 2003 / 168. Massvolle Anpassung der sanitären Infrastruktur auf den Stationen durch Schaffung von zusätzlichen Duschen in den bestehenden Badezimmern zwecks Verbesserung der Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten. Realisierung einer interdisziplinären Tagesklinik und Anpassung der Ambulatorien durch die Umnutzung von stationärer Infrastruktur. Dadurch sollen 12 - 15 Betten für eine Tagesklinik geschaffen werden. Angestrebte Wirkung: Prozessoptimierung, Kosteneinsparungen, bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten.	Finanzielle Auswirkungen 2004 Investitionsbedarf 2004: 0.1 Mio. Investition 2004: 0.2 Mio. Mehraufwand: 0.4 Mio.	Sicherheitsrelevante Massnahmen (SM): Die Umsetzung SM 1 läuft planmässig, die Vorbereitungen für SM 2 sind eingeleitet. Sanitäre Infrastruktur: Planung, Ausschreibung und Vergabe sind erfolgt. Die Arbeiten sind im Gange mit Abschluss Mai 2005. Interdisziplinäre Tagesklinik: Das Projekt wurde im Sommer 2004 sistiert infolge erhöhtem Mittelbedarf in anderen Projekten, insbesondere für die Schaffung von Büro-Infrastruktur infolge Umsetzung Arbeitsgesetz für Assistenzärzte. Neuaufnahme der Projektarbeiten ab Januar 2005.
Nr. 3.10.02	E-health Beschaffung und Einführung einer integrierten elektronischen Patientenakte mit Anbindung aller Patienten orientierten Subsysteme inkl. Leistungserfassung und –abrechnung. Angestrebte Wirkung: Ausschöpfung eines grossen, aber schwer quantifizierbaren Einsparungspotenzials durch Prozessbeschleunigung, bessere und ortsunabhängige Verfügbarkeit der Daten. Ferner konzentrierter Datenschutz.	Finanzielle Auswirkungen 2004 Investition 2004: 0.8 Mio.	Erfolgreiche Einführung Leistungserfassung für Tarmed. Ausbreitung der elektronischen Dokumentation (Qualicare) im ärztlichen Bereich, unter anderem Ablösung Applikationen MEDIS und Medicohelp. Realisierung des Patientendaten-Managementsystems für die Anästhesie. Realisierung des Austauschs von digitalen Röntgenbildern mit externen Stellen.
Nr. 3.10.03	Anpassung der Stellenpläne Stellenplanerhöhung in der Physiotherapie, in der Radiologie und in der Intensivpflegestation (IPS); Stellenplankorrekturen in der stationären Pflege.	Finanzielle Auswirkungen 2004 2.2 Mio. wiederkehrend	Im Bereich Physiotherapie wurde der Stellenplan um 3 der insgesamt 6 zusätzlich notwendigen Stellen erhöht. Die Reduktion des Stellenplans im Bereich Pflege wurde nicht vollzogen. Grund: Anstieg der Anzahl Pflorgetage.

Nr. 3.11	Programmpunkt Kantonsspital Liestal Strategische Zielsetzungen Einrichtung der Intermediate Care (IMC) am Kantonsspital Liestal zur postoperativen Überwachung von Patientinnen und Patienten, die einer verlängerten "direkten" Beobachtung bedürfen (Struma, arterielle gefässchirurgische Interventionen). Die IMC soll die Sicherheit der Patienten nach einem solchen operativen Eingriff erhöhen. Sie ist eine Station, die vom Aufwand her betrachtet tiefer liegt als eine IPS, jedoch höher als eine normale Pflegeabteilung. Sie unterscheidet sich im Personalaufwand von einer Intensivstation (IPS 1:2, IMC 1:4). Im Gegensatz zu der Abteilung werden hier die Patienten "direkt" beobachtet, wobei die Aufmerksamkeit ganz besonders auf Veränderungen der Atmung und des Kreislaufes liegt. Beschaffung und Installation eines MRI-Gerätes am Kantonsspital Liestal mit dem Ziel, für öffentliche und private Leistungserbringer der Versorgungsregion Oberes Baselbiet den Zugang zu dieser Diagnosetechnik zu ermöglichen. Anpassung der Stellenpläne an die Soll-Werte gemäss Stellenplanüberprüfung.	Amtsbericht 2004 Im Rahmen der Projektentwicklung zeigte sich, dass zur Zeit der Bedarf im Verhältnis zum Mitteleinsatz <u>noch</u> unverhältnismässig ist. Deshalb verzichtete die Geschäftsleitung auf die momentane Realisierung. Insofern erfolgte hier eine Änderung der strategischen Zielsetzung. Die übrigen Ziele wurden erreicht.	
Nr. 3.11.01	Beschaffung und Installation eines MRI-Gerätes Landratsvorlage 2003 / 133, Verpflichtungskredit, LRB: noch offen Total: Fr. 2'170'000.- MRI-Gerät (Konto 2270.506.50) Fr. 1'560'000.- Raumbereitstellung (Konto 2320.503.30-249) Per Ende 2002 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2003: Fr. 0.9 Mio. Budget 2004: Fr. 2.9 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2004 2.9 Mio.	Das MRI-Projekt konnte qualitativ, terminlich wie auch budgetmässig wie vorgesehen abgeschlossen werden.
Nr. 3.11.02	Raum für Intermediate Care (IMC) Einrichtung eines geeigneten Raumes (zum Beispiel der Aufwachraum im 1. UG) für Intermediate Care (IMC). Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur. Beschaffung von medizintechnischen Geräten (Monitoren, Pulsoximetrie etc.). Stellenplanberechnung, Personalrekrutierung.	Finanzielle Auswirkungen 2004 Investitionsbedarf 2004: 0.14 Mio., Personalaufwand wiederkehrend: 0.5 Mio.	Im Rahmen der Projektentwicklung zeigte sich, dass zur Zeit der Bedarf im Verhältnis zum Mitteleinsatz <u>noch</u> unverhältnismässig ist. Deshalb verzichtete die Geschäftsleitung auf die momentane Realisierung. Sollte die dafür geeignete Patientenkategorie weiter ansteigen, würde das vom Konzept her gute Projekt wieder aktiviert.

Nr. 3.11.03	Anpassung der Stellenpläne Anpassung der Stellenpläne im stationären Pflegebereich sowie in den medizinisch-technischen Berufen (Labor, Therapien, Radiologie, Diagnostik, Ambulatorien) gemäss Studie.	Finanzielle Auswirkungen 2004 1.6 Mio. wiederkehrend	Die Anpassung der Stellenpläne konnte punktuell realisiert werden. Aus Budgetgründen jedoch noch nicht in allen Abteilungen.
Nr. 3.12	Programmpunkt Kantonales Institut für Pathologie Strategische Zielsetzungen Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten im Bereich des Kantonalen Institutes für Pathologie (KIP). Erfüllung der sicherheits- und arbeitshygienischen Vorschriften.		Amtsbericht 2004
Nr. 3.12.01	Modernisierung des Kantonalen Institutes für Pathologie (KIP) Baukreditvorlage an den Landrat Nr. 2003/170. Mit dieser Vorlage wird vorgeschlagen, durch einen An- und Umbau des bestehenden Personalhauses des Kantonsspitals Liestal zeitgemässe und gesetzeskonforme Labor- und Büroräumlichkeiten zur Unterbringung des KIP herzurichten. Ausführungsplanung 2004, Zielerreichung Mitte 2007.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Der Baubeginn erfolgte wie geplant im November 2004. Der Baufortschritt verläuft nach Plan.
Nr. 3.13	Programmpunkt Zentralwäscherei Liestal Strategische Zielsetzungen Modernisierung und Ersatzanschaffungen beim Maschinenpark gemäss Mehrjahresprogramm.		Amtsbericht 2004
Nr. 3.13.01	Modernisierung und Ersatzanschaffungen beim Maschinenpark der Zentralwäscherei Liestal Gemäss Mehrjahresprogramm: 2004: Transportanlage Container-Waschanlage, Grossteilemange, Eingabemaschine.	Finanzielle Auswirkungen 2004 0.68 Mio.	Die Anschaffung ist erfolgt.

Nr. 3.14	Programmpunkt Kantonsspital Laufen Strategische Zielsetzungen Ausrichtung des Spitalbetriebes im Kantonsspital Laufen auf die neue Situation nach der Schliessung des solothurnischen Bezirksspitals Breitenbach unter Beibehaltung des Grundversorgungsauftrages für die ganze Region Laufental-Thierstein (SO). Anpassung der Stellenpläne an die Soll-Werte gemäss Stellenplanüberprüfung. Planung und Vorbereitung von Sanierungsmassnahmen in den Bereichen Operationssaal, Radiologie und Physiotherapie.	Amtsbericht 2004 Die enorme Volumenzunahme nach der Schliessung des Spitals in Breitenbach per 30. Juni 2003 hat sich - logischerweise etwas abgeschwächt - im Jahre 2004 fortgesetzt (Klinikaustritte + 13,7%, Pflegetage + 7,6%, Notfall + 8,7%, Ambulatorium + 0,8%). Das Kantonsspital Laufen konnte sich als Grundversorgungsspital für die Region Laufental-Thierstein (SO) etablieren.	
Nr. 3.14.01	Neuausrichtung und Sanierungsmassnahmen Sicherstellung der betrieblichen und personellen Mittel, zunächst im Rahmen des Budgets 2004. Bericht über organisatorische, personelle und betriebliche Anpassungen. Eventuell Sondervorlage an den Regierungsrat oder Landrat, abhängig von der tatsächlichen Entwicklung. Planung und Vorbereitung von Sanierungsmassnahmen in Zusammenarbeit mit der Bau- und Umweltschutzdirektion im Hinblick auf eine Kreditvorlage an den Landrat.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Das Berichtsjahr war geprägt von unzähligen Anpassungen des ganzen Betriebes an die gestiegenen und stark veränderten Anforderungen. Die angepassten Stellenpläne einschließlich der zusätzlichen Assistenzarzt-Stellen im Zuge der 50-Std-Woche per anfangs 2005 konnten personell besetzt werden. Die enorme Inanspruchnahme führte zu einem gewissen Rückstand bei den Vorbereitungen für die anstehenden Sanierungsmassnahmen. Die massiven Veränderungen bei den zu erfüllenden Aufgaben hat nicht nur Anpassungskosten nach sich gezogen; ebenso sind neu zusätzliche Erträge entstanden, die in der Laufenden Rechnung zu einem stabilisierten Saldo (Staatsbeitrag BL) führen. Die Planung von baulichen Sanierungsmassnahmen in Zusammenarbeit mit der BUD konnte im Berichtsjahr nicht mehr in Angriff genommen werden.

Nr. 3.15	Programmpunkt Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD) Strategische Zielsetzungen Folgeplanung II Psychiatrie: Einleitung der Umsetzung der einzelnen Massnahmen entsprechend der Prioritätensetzung. Sicherstellung des laufenden Betriebes auch während der laufenden Sanierungsarbeiten (Umbau Haus 5). Anpassung der Stellenpläne an die Soll-Werte gemäss Stellenplanüberprüfung.	Amtsbericht 2004 Die Umbau-, Ausbau- und Sanierungsarbeiten von Haus A sowie der Neubau des Werkstatt- und Bürogebäudes Haus C sind planmässig vorangeschritten. Das Werkstatt- und Bürogebäude Haus C wurde im August bezogen und die Umbau-Provisorien konnten aufgegeben werden. Auch im Haus A ist der Baufortschritt plan-gemäss. Die bescheidenen Provisorien der betroffenen Klinikstationen werden für Patientinnen, Patienten und Personal zunehmend belastender. Dank des enormen Einsatzes der Mitarbeitenden kann der Betrieb auch während der laufenden Sanierungsarbeiten sichergestellt werden. Die im Auftrag der VSD durchgeführte Stellenplan-überprüfung im Pflege- und ärztlich-therapeutischen Bereich in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik sowie im Kantonalen Altersheim hat die derzeitigen Stellenpläne bestätigt und aufgezeigt, dass keine Anpassungen bei den personellen Ressourcen nötig sind.	
Nr. 3.15.01	Folgeplanung zum Psychiatriekonzept Baselland Nach der Verabschiedung durch den Regierungsrat und der Kenntnisnahme durch den Landrat folgt die Umsetzung der einzelnen Projekte entsprechend der Prioritätensetzung durch den Regierungsrat. Daraus resultierende Folgekosten hängen von den entsprechenden Beschlüssen ab.	Finanzielle Auswirkungen 2004	Die Projektgruppen - Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation - Alterspsychiatrischer Dienst - Forensische Psychiatrie Baselland sind an der Arbeit. Erste Resultate bzw. Anträge an die VSD / Regierung sind im Jahr 2005 zu erwarten. Der Landrat hat den Regierungsrat mit der Schaffung einer Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation beauftragt, die KPD haben die Projektierung aufgenommen.